

Vernehmlassung: Gesetz über private Sicherheitsunternehmen (GPS)

FDP.Die Liberalen Appenzell Ausserrhoden
Parteipräsidium, Wies 9A, CH-9442 Speicher

Departement Inneres und Sicherheit
Frau Katrin Alder
Regierungsrätin
Schützenstrasse 1
9102 Herisau

Herisau, 9. Mai 2025

Sehr geehrter Frau Regierungsrätin Alder, Liebe Katrin

Im Namen der FDP.Die Liberalen Appenzell Ausserrhoden (FDP AR) bedanken wir uns bei Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme, welche wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Allgemeine Bemerkungen

Die Anzahl an Unternehmen, Mitarbeitenden und Aufträgen an private Sicherheitsdienste wächst in der Schweiz Jahr für Jahr rasant. Subsidiär unterstützen private Sicherheitsdienste auch die kommunalen und kantonalen Polizeikorps. Sie dürfen nur in bewilligten Ausnahmefällen Polizeiarbeit übernehmen.

Bisher ist die Tätigkeit der privaten Sicherheitsunternehmen im Kanton Appenzell Ausserrhoden nur rudimentär geregelt (Art. 44 Polizeigesetz; bGS 525.1). Schon heute dürfen private Sicherheitsdienste, die nicht in AR registriert sind, ihre Dienste im Kanton anbieten. Im Kanton Appenzell Ausserrhoden haben nur sehr wenige im Bereich der Sicherheitsdienste tätige Firmen ihren Sitz – nach unseren Informationen sind es deren zwei.

Die Polizeiarbeit und davon abgeleitet auch die Arbeit der privaten Sicherheitsdienste fällt in die kantonale Hoheit. Dies ist wahrscheinlich auch ein Grund dafür, dass es bisher zu keiner schweizweiten Regelung gekommen ist. Einzig die Romandie hat ein Konkordat zur Regelung der privaten Sicherheitsdienste. Die restlichen Kantone konnten sich nicht auf ein Konkordat einigen.

Der vorliegende Ausserrhoder Gesetzentwurf orientiert sich an der Regelung des Kantons St. Gallen.

Neu wäre mit dem Gesetz, dass nach einer Übergangsfrist von zwei Jahren minimale Anforderungen an die Firmen und die Eignung der Mitarbeiter erfüllt werden müssten. Ausserdem

müssten Aktivitäten ausserkantonomer Sicherheitsfirmen vorgängig im Department für Inneres und Sicherheit registriert werden.

Anmerkungen

Dem liberalen Ansatz folgend, nur dort staatlich zu regeln, wo es unbedingt erforderlich ist, stellt die FDP.Die Liberalen Appenzell Ausserrhoden (FDP-AR) die Frage, ob es überhaupt einer gesetzlichen Regelung im Kanton Appenzell Ausserrhoden bedarf.

Auch wenn die Polizeiarbeit in die Hoheit der Kantone fällt, wäre im Falle des GPS eine bundesweite Regelung sinnvoll. Hierzu gibt es eine Motion im Nationalrat von Reto Nause (Die Mitte), deren Unterstützung nach Ansicht der FDP-AR zu prüfen wäre. Eine bundeseinheitliche Lösung wäre einer kantonalen Lösung - in diesem speziellen Fall - unbedingt vorzuziehen, wobei die kantonale Polizeihochheit nicht grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Ein Gesetz ist nur dann sinnvoll, wenn es auch überwacht wird. Auch wenn der Mehraufwand für das Department Inneres und Sicherheit als minim eingestuft wird, würde die FDP-AR keine weiteren Stellenprozente gutheissen.

Bemerkung zu Art. 2 Abs. 3 E-GPS:

Der Vernehmlassungsentwurf sieht vor, dass Sicherheitsdienstleistungen von untergeordneter Bedeutung von der Bewilligungspflicht befreit werden können. Neben der vollständigen Befreiung von der Bewilligungspflicht sollte auch die Möglichkeit einer Meldepflicht explizit genannt werden. Eine solche Meldepflicht könnte dort zur Anwendung gelangen, wo eine Bewilligungspflicht unverhältnismässig wäre, aber dennoch ein Mindestmass an behördlicher Aufsicht (Kenntnisnahme) erforderlich ist. Die Meldepflicht kann sowohl zur administrativen Entlastung der Sicherheitsunternehmen als auch der Behörden beitragen und sollte – im Sinne der Rechtssicherheit – bereits auf Gesetzesstufe als Option vorgesehen werden.

zu Art. 8 E-GPS:

Analog zur kürzlich vernehmlasseten Änderung des EG zum ZGB (Aufsicht im Zivilstandswesen) sollte auch in diesem Bereich die Möglichkeit einer interkantonalen Aufsicht geprüft und gegebenenfalls gesetzlich verankert werden.

Schlussbemerkungen

Zum Inhalt des vorliegenden Gesetzentwurfes gibt es keine weiteren Ergänzungen oder Änderungswünsche. Wenn sich der Kanton entscheidet, dass Gesetz auf den Weg zu bringen, so würde die FDP.Die Liberalen Appenzell Ausserrhoden (FDP-AR) dieses so unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

FDP.Die Liberalen

Appenzell Ausserrhoden



Jennifer Abderhalden
Präsidentin



Dr. Kai Henning Viehweger
Vernehmlassungen